














Wir haben nachgefragt – der DBfK Nordwest und der Verband der PflegedirektorInnen der Unikliniken (VPU) haben zwölf Fragen rund um die Pflege an die Abgeordneten und Parteien zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein gestellt. Lesen Sie hier die Antworten, die bei uns bis zum 30.04.2017 eingegangen sind und die wir für Sie in einer Übersicht zusammengestellt haben.

1. Wie steht Ihre Partei zu Mindestpersonalvorgaben und was planen Sie in Bezug auf die Entwicklung von Instrumenten zur Personalbemessung in der Pflege?	
 <p>SCHLESWIG-HOLSTEIN SPD WIR KÖNNEN DAS WIR WOLLEN DAS WIR MACHEN DAS</p>	<p>Als SPD begrüßen wir den Schritt, Personaluntergrenzen in Krankenhäusern einzuführen. Allerdings gehen uns Untergrenzen nicht weit genug. Deshalb fordert die SPD eine gesetzliche Personalbemessung in der Pflege, die die fachlichen Herausforderungen der einzelnen Stationen und Abteilungen berücksichtigt.</p> <p>Je höher der Personalschlüssel qualifizierter Pflegefachpersonen ist, desto besser können Patientinnen und Patienten versorgt werden und umso geringer ist das Risiko für Komplikationen. Die Erarbeitung des Personalschlüssels muss unter maßgeblicher Beteiligung der beruflich Pflegenden erfolgen.</p>
 <p>CDU</p>	<p>Eine angemessene Personalausstattung in der Pflege ist für die Qualität der Patientenversorgung und der Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von unschätzbarem Wert. Daher begrüßt die CDU Schleswig-Holstein die Einigung zur Einführung von Personaluntergrenzen. Nichtsdestotrotz sind zur Verringerung der Arbeitsbelastungen in der Pflege langfristig mehr Fachkräfte notwendig.</p> <p>Uns ist bewusst, dass auch weiterhin ein hoher Handlungsbedarf in der Pflege besteht, z.B. wenn es um die Ausbildung geht. Wichtig ist daher, auch weiterhin darauf hinzuwirken, dass sich die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern. Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass derjenige, der heute in der Pflege arbeitet oder eine Ausbildung in diesem Bereich macht, diesen Beruf mit Freude bis zur Rente ausübt.</p>
 <p>Freie Demokraten Landespartei Schleswig-Holstein FDP</p>	<p>Aus Sicht der FDP muss die Personalsituation im Pflegebereich verbessert werden. In internationalen Vergleichsstudien (z.B. RN4CAST) liegt Deutschland im unteren Drittel bei der Personalausstattung in der Pflege. Eine weitere Arbeitsverdichtung beim Pflegepersonal halten wir nicht für möglich. Um diese Problematik angehen zu können, muss ernsthaft darüber gesprochen werden, wie eine bessere finanzielle Ausstattung der Kliniken</p>

	<p>erfolgen kann. Für Schleswig-Holstein muss auf jeden Fall eine Anhebung des Landesbasisfallwertes erfolgen. Darüber hinausgehende Schritte sind aber notwendig.</p>
	<p>Uns ist das grundsätzliche Problem der Arbeitsverdichtung und Überlastung in der Pflege absolut bewusst. Die Entwicklung hin zu immer mehr Überstunden, zu immer weniger Personal für immer umfangreichere Aufgaben und zu wachsender Bürokratie sehen auch wir mit großer Sorge. Hiervon sind die beruflich Pflegenden in besonderem Maße betroffen. Deshalb müssen umfassende Maßnahmen ergriffen werden, die jedoch kaum von der Landespolitik allein getragen werden können.</p> <p>Der SSW fordert nicht zuletzt im Wahlprogramm eine wirklich realistische Personalbemessung für die ambulante wie die stationäre Pflege und den Klinikbereich. Wir wollen eine konkrete Verbesserung beim Personalschlüssel und damit eine spürbare Entlastung für alle professionell Pflegenden erreichen. Doch auch die Betreiber von stationären Einrichtungen und Kliniken sind in der Pflicht. Sie müssen die gängige Praxis, den Profit nicht zuletzt auf dem Rücken der Pflegefachkräfte zu maximieren, weit stärker hinterfragen als bisher.</p>
	<p>Wir GRÜNE setzen uns für bundesweit einheitliche Standards bei der Personalbemessung in der Pflege und eine konsequente Umsetzung des Arbeitsschutzes für Pflegekräfte ein. Die Voraussetzungen wollen wir gemeinsam mit den Pflegekräften verbessern</p>
<p>2. Wie plant Ihre Partei die Pflegeberufekammer Schleswig-Holstein und den DBfK als größten Berufsverband der Pflegenden an pflegepolitischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen?</p>	
	<p>Bei pflegepolitischen Entscheidungsprozessen wird die SPD die Pflegeberufekammer und den DBfK in Anhörungen oder Gesprächen einbinden, um gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Pflegepolitik wird bei uns mit den beruflich Pflegenden gemeinsam gestaltet.</p>
	<p>Wie auch bisher soll weiterhin ein regelmäßiger Austausch mit in der Pflege tätigen Vereinen und Verbänden stattfinden.</p>

	<p>Die FDP setzt auf die bewährten parlamentarischen Beteiligungsverfahren, die eine Einbindung aller relevanten Akteure ermöglichen.</p>
	<p>Zunächst einmal ist uns der Hinweis wichtig, dass wir natürlich auch Ihren Verband (bzw. den Pflegerat) immer als Anzuhörenden benennen, wenn es um pflegepolitische Initiativen hier im Landtag geht. Dies ist uns allein schon deshalb wichtig, weil Sie und Ihre Mitglieder weit besser wissen, wo die Probleme liegen und auf welche Details besonders zu achten ist. Hieran halten wir selbstverständlich fest. Und gerade weil der DBfK der größte Berufsverband der Pflegenden ist, freut uns, dass Sie sich längst aktiv in die Arbeit der Kammer einbringen und hier im Rahmen der Selbstverwaltung Ihren Einfluss geltend machen.</p> <p>Um in Zukunft die besten Ergebnisse für die beruflich Pflegenden zu erreichen, setzen wir als Partei im Landtag ganz bewusst auf Ihre bzw. auf die beratende Funktion der Pflegekammer. Dem entsprechend haben wir ja zum Beispiel klar geregelt, dass die Kammer an allen rechtlichen und gesetzlichen Maßnahmen, die die Ausübung von Pflege bzw. den Pflegeberuf betreffen, beteiligt werden muss. Außerdem verbindet der SSW mit seiner Unterstützung für diese Institution die klare Erwartung, dass die Kammer Vorschläge und Initiativen an uns richtet, die dann natürlich vor allem im Interesse der beruflich Pflegenden selbst sind.</p>
	<p>Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe Nordwest ist einer der maßgeblichen Fachverbände im Pflegebereich in SH und damit vorschlagsberechtigt für die Mitgliederauswahl des Errichtungsausschusses für die Pflegeberufekammer. Die Mitgliedschaft in der Pflegeberufekammer ist eine obligatorische, so dass automatisch Mitglieder aller Berufsverbände dort vertreten sind. Aus der Kammerversammlung heraus werden die späteren Mitglieder des Vorstandes und weiterer Gremien entsprechend ihrer Eignung gewählt.</p>
<p>3. Wie stellen Sie sicher, dass der Pflegeberuf in allen Pflegebereichen (Krankenhaus, ambulante und stationäre Altenpflege) eine angemessene Vergütung erfährt?</p>	

	<p>Ein Sozialtarifvertrag soll die massiven Einkommensunterschiede in den Pflegeberufen im Land angleichen. Es kann nicht sein, dass marktwirtschaftliche Interessen zu Gehaltsunterschieden von bis zu 800 Euro bei gleicher Qualifikation und Dauer der Berufszugehörigkeit führen. Für uns gilt: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.</p>
	<p>Für die CDU Schleswig-Holstein gilt auch im Pflegebereich weiterhin die Tarifautonomie. Daher sind vorrangig die Tarifpartner gefordert, eine Vergütung zu vereinbaren, die es schafft, die Fachkräfte in unserem Land zu halten. Das erreichen wir dann, wenn wir neben der angemessenen Vergütung auch gute Arbeitsbedingungen schaffen und die beruflichen Perspektiven für Pflegekräfte verbessern.</p> <p>Unabhängig davon möchten wir, dass das Land seinen Investitionskosten im angemessenen Umfang nachkommt. Wenn die Krankenhäuser eine vernünftige Investitionsfinanzierung erhalten, wird das positive Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen im Krankenhaus haben. Die gezahlten Mittel für die Patientenbehandlung können dann nämlich tatsächlich für Personal genutzt werden und müssen nicht von den DRG-Fallpauschalen abgezweigt werden. Davon profitieren vor allem auch die Pflegekräfte.</p>
	<p>Ganz wichtig ist, dass die Bezahlung dieser aufopfernden und oft schweren Tätigkeit weiter verbessert wird. Das hat aber zur Folge, dass wir gesamtgesellschaftlich eine ehrlich geführte Debatte anstoßen müssen, was uns allen ‚gute Pflege‘ tatsächlich wert ist. Die Politik der FDP ist zudem darauf ausgerichtet, die Tarifpartner zu stärken.</p>
	<p>Ehrlich gesagt bieten sich für uns als rein kommunal- und landespolitisch aktive Partei bei dieser Frage nicht ganz so viele Optionen wie für andere. Wie Sie aber sicher wissen, setzen wir uns traditionell für lebenswerte und würdevolle Löhne und für Tariftreue ein. Entsprechende Initiativen in Richtung Bundesrat werden von uns vorbehaltlos unterstützt. Außerdem weist der SSW immer wieder darauf hin, dass wir nicht zuletzt über die Bezahlung zu einer größeren Wertschätzung und Anerkennung der Arbeit im gesamten Sozialbereich kommen müssen. Einem entsprechenden Tarifvertrag für soziale Arbeit stehen wir uneingeschränkt positiv gegenüber - wenngleich dies natürlich Aufgabe der Tarifpartner ist.</p>

	<p>Die Vergütung professioneller Pflegekräfte wird nicht durch staatliches Handeln verordnet bzw. gesetzlich bestimmt. Das Aushandeln von Arbeitsentgelten in der Pflege fällt in die Zuständigkeit der Tarifparteien. Wichtig sind hierfür starke Gewerkschaften.</p>
<p>4. Welche Maßnahmen werden Sie für die Pflegenden in Schleswig-Holstein ergreifen um die Voraussetzungen für gesunde Arbeitsbedingungen und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen?</p>	
	<p>Es ist unser Ziel, insgesamt bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege, mehr Zeit für die Patientinnen und Wir wollen Schleswig-Holstein zum Land mit den besten Arbeitsbedingungen in Deutschland machen. Unser Wohlstand entsteht aus der harten Arbeit der Beschäftigten. Ihre Arbeit zu schützen und wertzuschätzen ist ein wichtiges Ziel sozialdemokratischer Politik. Daher wollen wir gesundheitsverträgliche Arbeitsplätze weiter fördern, indem wir ein Programm für Gesundheit am Arbeitsplatz entwickeln. Eine stärkere Verankerung der betrieblichen Gesundheitsförderung wird auch mit dem Präventionsgesetz unterstützt.</p> <p>Arbeitsbedingte Belastungen durch Personalmangel wollen wir mit einer gesetzlichen Personalbemessung in der Pflege entgegentreten. Dass die Bundesregierung und die Länder im März für den Bereich Krankenhäuser Personaluntergrenzen auf den Weg gebracht haben, ist ein wichtiger Schritt zur Entlastung der Pflegekräfte und für mehr Versorgungsqualität. Wir sehen zudem die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in der Pflicht, für gute Arbeitsbedingungen zu sorgen.</p> <p>Um die Attraktivität der Pflegeberufe zu steigern und Fachkräfte zu gewinnen, hat die SPD in Regierungsverantwortung 700 zusätzliche landesgeförderte Ausbildungsplätze geschaffen. Damit ist die Ausbildung kostenfrei. Zudem wurde ein duales pflegewissenschaftliches Studium an der Uni Lübeck eingerichtet. Zudem setzen wir auf eine Reform der Pflegeausbildung auf Bundesebene, die mehr Durchlässigkeit schafft und durch die vielfältigen Tätigkeitsfelder den Pflegeberuf für viele Auszubildende attraktiv macht.</p> <p>Mit dem von der SPD geförderten Ausbau der Kinderbetreuung haben wir die Grundlage dafür geschaffen, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Unter anderem wurden 10.000 neue Kita-Plätze geschaffen. Bis 2020 wollen wir jedem Kind einen Platz an einer Ganztagschule anzubieten. Das ist auch ein Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.</p>




CDU




Neben der hauptamtlichen Pflege übernehmen auch heute noch die Angehörigen einen großen Teil der familiären Pflege. Menschen sollen möglichst lange in ihrem vertrauten Wohnbereich leben können. Daher gilt es die pflegerische Versorgung so weiter zu entwickeln, dass Menschen auch in ihrem zu Hause in Würde gepflegt und betreut werden können.




Damit pflegende Angehörige auf diese Aufgabe vorbereitet werden, sollen in Zusammenarbeit mit den Kliniken im Land Pflegeübungszentren eingerichtet werden, in denen Angehörige für die Pflege zu Hause geschult werden. Ebenso sollen pflegende Angehörige durch ein erweitertes und vielfältiges Angebot an Tages- und Nachtpflege, ambulante Hilfezentren sowie Kurzzeit- und Verhinderungspflege entlastet werden. Aber auch bei hauptamtlichen Pflegekräften muss geschaut werden, wo Entlastung im Alltag erreicht werden kann. Hier zeigt sich, dass überbordende Bürokratie das Personal in der stationären wie auch in der ambulanten Pflege belastet. Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, die Vereinfachung der Pflegedokumentation weiter voranzubringen. Durch die Entbürokratisierung und durch die Optimierung von Vorschriften und Dokumentationspflichten soll den Pflegekräften deutlich mehr Zeit für den Menschen selbst gegeben werden.




**Freie
Demokraten**
Landesverband
Schleswig-Holstein **FDP**






Im Bereich der stationären Pflege ist für eine ausreichende Personalvorhaltung zu sorgen (siehe auch Antwort zu Frage 1). Eine Überlastung des Pflegepersonals führt zu hohem Krankenstand. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf lässt sich nicht erreichen. Deswegen muss umgesteuert werden. Auch der Bereich der professionellen ambulanten Pflege ist zu stärken. Nach dem Grundsatz „Weniger Schreiben, individueller pflegen“ wird die FDP für ein Herunterfahren der Dokumentation sorgen und die Orientierung an den individuellen Bedürfnissen der Pflegebedürftigen sicherstellen. Diese Maßnahmen verbessern einerseits die Arbeitsbedingungen und führen zudem andererseits zu einer besseren Pflege. Denn das Wichtigste ist, ausreichend Zeit für Pflegebedürftige zu haben. Auch die Eigenverantwortung der Pflegekräfte muss gestärkt werden. Schließlich müssen auch pflegende Angehörige entlastet werden, da die meisten Pflegebedürftigen von Angehörigen in ihrem privaten Umfeld gepflegt werden möchten. Dazu wollen wir die Möglichkeiten für neue Dialog- und Beteiligungsformate eröffnen, damit sich pflegende Angehörige nicht alleine gelassen fühlen.

	<p>Absolute Grundvoraussetzung für gesundes Arbeiten ist natürlich eine spürbare Entlastung der Pflegefachkräfte. Wir wollen daher der zunehmenden Arbeitsverdichtung weit stärker entgegenwirken. Deshalb werden wir unsere Bemühungen in Richtung Bürokratieabbau fortsetzen. Auch verbesserte Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten sind wichtig, um Überforderung vorzubeugen. Und wir werden uns, wie bereits unter Punkt 1 erwähnt, mit Nachdruck für eine realistische Personalbemessung einsetzen. Mit Blick auf die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf liegen die entscheidenden Stellschrauben natürlich in erster Linie auf Bundesebene. Aber wir stehen grundsätzlich für eine familienfreundliche Politik für die Menschen im Land. Hier sind für uns vor allem der Ausbau und die Qualität der Kinderbetreuung sehr wichtig. Und wir setzen uns beispielsweise für flexiblere Arbeitszeitmodelle und die Möglichkeit von Zeitkonten ein.</p>
	<p>Wir GRÜNE setzen uns für einheitliche Standards bei der Personalbemessung in der Pflege und eine konsequente Umsetzung des Arbeitsschutzes für Pflegekräfte ein. Die Voraussetzungen wollen wir gemeinsam mit den Pflegekräften verbessern. Die Errichtung einer Pflegekammer SH wird hier für weiteren Rückenwind geben. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir durch bessere, flexible Betreuungsangebote weiter verbessern.</p>
<p>5. Wie stehen Sie zu Reform der Pflegeausbildung und was tun Sie um diese schnellstmöglich umzusetzen?</p>	
<p>SCHLESWIG-HOLSTEIN</p> 	<p>Die SPD Schleswig-Holstein setzt sich grundsätzlich für ein Pflegeberufegesetz auf Bundesebene ein, das eine dreijährige kostenfreie generalistische, also gemeinsame Ausbildung der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege, vorsieht. Die generalistische Pflegeausbildung qualifiziert für alle Bereiche der Pflege. Sie gewährleistet, dass sich der Beruf den veränderten Anforderungen an die Pflege anpasst und damit zukunftsfest wird.</p> <p>Aktuell liegt allerdings ein neuer Kompromissvorschlag zwischen SPD und CDU/CSU zur Pflegeberufereform auf Bundesebene vor, der die generalistische Ausbildung abschwächt. Diesen Vorschlag werden wir gründlich bewerten, wenn die weiteren Details dazu vorliegen.</p>




	<p>Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich für eine Zusammenlegung der verschiedenen Pflegeberufe ein. Bereits heute gibt es große Überschneidungen in der Ausbildung. Dabei verändern sich der Pflegebedarf und die Versorgungsstrukturen stetig. Pflegekräfte haben zuzunehmen auch in Pflegeeinrichtungen mit chronisch Erkrankten und Demenzpatienten zu tun. Gleichzeitig müssen Krankenpflegekräfte häufig pflegerische Aufgaben übernehmen. Daher ist die CDU Schleswig-Holstein der Überzeugung, mit einer Zusammenlegung der bisherigen Ausbildungsberufe zu einer Ausbildung die Pflege auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Nicht zuletzt brauchen die Pflegeberufe genau wie die medizinischen Berufe eine höhere Wertschätzung und Anerkennung. Im Zuge der nunmehr beschlossenen Umstellung der Pflegeausbildung mit einer Mischung aus Generalistik und fachlicher Spezialisierung sollte auch überprüft werden, welche weiteren Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten in der Pflege notwendig sind. Der Kompromiss beinhaltet bereits, dass Pflegeschüler, die bereits nach zwei Jahren die Ausbildung mit einer Prüfung beenden, zukünftig als Pflegeassistenten arbeiten können.</p>
	<p>Die FDP will eine integrierte Ausbildung – wir lehnen die derzeit geplante generalistische Ausbildung ab. Das FDP-Modell einer integrativen Ausbildung beginnt mit einer gemeinsamen Ausbildung – einer sogenannten Basisausbildung – und ermöglicht dann die Spezialisierung auf die Bereiche Altenpflege, Kinderkrankenpflege und Krankenpflege. So wird das notwendige Know-how für die unterschiedlichen Aufgaben geschaffen. Dabei muss der modulare Aufbau der Ausbildung durchlässig sein, so dass eine Spezialisierung in verschiedenen Gebieten oder ein Wechsel möglich wird. Schließlich wollen wir auch die Möglichkeiten stärken, Pflegewissenschaften zu studieren – als aufbauendes Modul.</p>
	<p>Ganz ohne Frage ist eine Reform der Pflegeausbildung allein schon aufgrund der geforderten Anpassung an EU-Vorgaben dringend notwendig. Auch vor dem Hintergrund der immer neuen Herausforderungen und wachsenden Anforderungen in diesem Bereich, muss Berlin so schnell wie möglich liefern. Wir werden bei der konkreten Ausgestaltung hier im Land sehr genau darauf achten, dass die Ausbildungsqualität weiterhin im Mittelpunkt steht. Außerdem ist für uns völlig klar, dass der Akademisierung und der Entlastung der Ärzte durch nichtärztliche Praxisassistenten, mit entsprechend erweiterten Kompetenzen, auch in diesem Prozess eine wesentliche Rolle</p>





	zukommen muss.
	Wir GRÜNE setzen uns für eine integrierte Pflegeausbildung auf Bundesebene ein, um die Attraktivität der Pflegeberufe zu erhöhen und die Qualität der Pflege zu sichern. Der Entwurf der Großen Koalition für ein Pflegeberufegesetz hat uns nicht überzeugt und mehr Fragen aufgeworfen als Lösungen angeboten. Jetzt scheinen sich CDU und SPD in Richtung der Grünen Änderungsvorschläge zu bewegen.
6. Was tun Sie um den Aufbau primär qualifizierender Bachelorstudiengänge und spezialisierter Masterstudiengänge in NRW voranzutreiben?	
	Die SPD hat in ihrer Regierungsverantwortung die Zahl der Ausbildungsplätze in der Pflege deutlich erhöht und sie so kostenfrei gestaltet. Zudem haben wir ein duales pflegewissenschaftliches Studium an der Uni Lübeck eingerichtet. Diesen Weg werden wir auch in Zukunft fortsetzen. Wir setzen auf eine Reform der Pflegeausbildung auf Bundesebene, die mehr Durchlässigkeit schafft und durch die vielfältigen Tätigkeitsfelder den Pflegeberuf für viele Auszubildende attraktiv macht. Zudem werden wir einen zusätzlichen Assistenzberuf einführen, um auch jungen Menschen mit niedrigem Schulabschluss den Zugang zu Pflegeberufen zu ermöglichen. Die Ausbildung in den Pflegeberufen bleibt kostenfrei. Wichtig ist uns, die Durchlässigkeit in allen Feldern zu organisieren. Die Akademisierung der Pflege werden wir in Schleswig-Holstein weiter ausbauen.
	Für die deutliche Erhöhung der Ausbildungszahlen benötigen die Pflegeberufe eine bessere Anerkennung. Neben der Zusammenlegung der Pflegeberufe möchte die CDU Schleswig-Holstein zur Stärkung des Images und der Bedeutung der Arbeit in der Pflege eine Kampagne für ein funktionierendes, generationsübergreifendes Miteinander durchführen. Auch die Weiterbildung geringqualifizierter und beschäftigter Arbeitnehmer in Altenpflegeheimen durch z.B. die Agentur für Arbeit nach dem WeGebAU Programm wird befürwortet.


	<p>Die Ausbildungsfinanzierung muss einheitlich geregelt werden und muss für die Auszubildenden vollständig beitragsfrei sein. Was im Bereich der Krankenpflege gut funktioniert, muss auch im Bereich der Altenpflege in Zukunft Einzug halten – eine geregelte Ausbildungsfinanzierung und keine Ausbildung nach Kassenlage der einzelnen Bundesländer. Auch gilt es die Ausbildung zu einer integrierten Ausbildung weiterzuentwickeln, um die Attraktivität zu verbessern (siehe auch Antwort zu Frage 5). Auf Landesebene wird die FDP zudem den Einstieg in den Pflegeberuf mit entsprechenden Programmen gezielt fördern und somit Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrern den Wiedereinstieg erleichtern. Darüber hinaus wollen wir, nachdem die Finanzierung der Ausbildung endgültig auf Bundesebene geregelt ist, freiwerdende Landesmittel auch für unterstützende Initiativen im Bereich der Umschulung einsetzen, die die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit ergänzen. Denn Umschulung und der Wiedereinstieg von Berufsrückkehrer sind wichtige Ansatzpunkte um den Fachkräftemangel zu lindern.</p>
	<p>Was die landesseitig geförderten Ausbildungsplätze angeht, haben wir im Rahmen unserer Regierungsbeteiligung umgehend für eine Erhöhung und Anpassung an den bestehenden Bedarf gesorgt. Für uns ist völlig klar, dass niemand für seine Ausbildung bezahlen soll. Sofern sich hier also Engpässe andeuten, werden wir umgehend gegensteuern. Mit Blick auf die Qualität der Pflegeausbildung werden wir grundsätzlich keinerlei Absenkung von Standards mittragen.</p>
	<p>Die Küstenkoalition hat die Zahl der landesgeförderten Ausbildungsplätze in der Altenpflege um 900 auf jetzt 2.100 Plätze aufgestockt. Damit ist die Ausbildung für diese Auszubildenden endlich kostenfrei. Zusätzlich haben wir einen neuen Pflegestudiengang an der Universität Lübeck eingerichtet. Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Eine generelle Kostenfreiheit der Pflegeausbildung durch eine Umlagefinanzierung unterstützen wir GRÜNE ausdrücklich. Sie kann und sollte im Rahmen der Neuordnung der Pflegeberufe durch eine Ausbildungsreform umgesetzt werden.</p>
<p>7. Planen Sie eine Etablierung einer generalistischen, einheitlichen zweijährigen Gesundheits- und Pflegeassistenten-Ausbildung in Schleswig-Holstein? Wenn ja, welche Qualitätskriterien legen Sie der Ausbildung zu Grunde?</p>	

	<p>Die SPD Schleswig-Holstein möchte gern einen zusätzlichen Assistenzberuf einführen, um auch jungen Menschen mit niedrigem Schulabschluss den Zugang zu Pflegeberufen zu ermöglichen. Die weiteren Details dazu sind noch in der Diskussion. Wir wollen die Ausgestaltung mit der Pflegekammer und dem DBfK diskutieren.</p>
	<p>s. Frage 5 und 6</p>
	<p>Die Ausbildung zur staatlich geprüften Pflegeassistentkraft an den Berufsfachschulen III sieht im berufsübergreifenden Lernbereich sowieso, aber auch im berufsbezogenen Lernbereich eine generalistische Grundausbildung in vier Lernfeldern vor, die dann durch Wahlpflichtbereiche in Gesundheits- und Krankenpflege, Geriatrie, Pflegewissenschaften, Familienpflege sowie Heilerziehungspflege ergänzt wird. Die FDP erachtet diese Einteilung für sinnvoll, steht aber einer Weiterentwicklung und Verbesserung von Ausbildungsinhalten, im Übrigen in allen Bereichen, offen gegenüber.</p>
	<p>Der SSW hat zum jetzigen Zeitpunkt keine konkrete Planung in diese Richtung in der Schublade. Allerdings lässt gerade die Qualität der bisherigen Pflegassistentenausbildung aus unserer Sicht sehr zu wünschen übrig. Auch die Bezahlung ist auf einem viel zu geringen Niveau. Für uns stehen allerdings die qualitativ hochwertige reguläre Pflegeausbildung und die Gewinnung von Fachkräften im Vordergrund. Dies gilt vermutlich auch für die allermeisten Patientinnen und Patienten. Und doch begrüßen wir natürlich die mit dieser Frage angeregte Anhebung der Qualitätsstandards für den Bereich der Pflegeassistenten. Wir gehen im Übrigen davon aus, dass wir uns gemeinsam auf die konkrete Ausgestaltung einer solchen, verbesserten Gesundheits- und Pflegeassistentenausbildung verständigen werden.</p>
	<p>Eine isolierte Lösung auf Landesebene halten wir nicht für den richtigen Weg. Wichtig ist aus unserer Sicht, dass wir bundesweit eine hochwertige Ausbildung für die Pflege sicherstellen.</p>

8. Was tun Sie um den Aufbau und Ausbau primär qualifizierender Bachelorstudiengänge und spezialisierter Masterstudiengänge in Schleswig-Holstein voranzutreiben?

 <p>SCHLESWIG-HOLSTEIN SPD WIR KÖNNEN DAS WIR WOLLEN DAS WIR MACHEN DAS</p>	<p>Die SPD hat in Regierungsverantwortung einen dualen Pflegestudiengang an der Universität Lübeck eingerichtet. Der duale Bachelorstudiengang verbindet die berufliche Ausbildung im Universitätsklinikum (UKSH) oder einer Pflegeeinrichtung mit einem universitären Studium. Damit wird der Pflegeberuf aufgewertet und attraktiver gestaltet. Mit dem Studiengang sichern wir die Qualität in der Pflege und das Angebot an Fachkräften. Auch im Bereich der Physiotherapie wurde ein Studiengang an der Universität Lübeck eingerichtet. Aktuell im Aufbau sind zudem Studiengänge in den Bereichen der Hebammenwissenschaft, der Ergotherapie und der Logopädie. Von der Akademisierung erhoffen wir uns den Eingang neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Ausbildungs- und Berufspraxis sowie eine generelle Anhebung des Berufsniveaus. Zudem kann dadurch eine Angleichung der Qualifikationsniveaus auf europäischer Ebene erreicht werden.</p> <p>Das bedeutet für uns aber nicht, dass die akademische Ausbildung die berufliche Ausbildung ersetzt. Es soll eher eine stärkere Durchlässigkeit und Verzahnung zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung erreicht werden.</p>
 <p>Freie Demokraten Landesverband Schleswig-Holstein FDP</p>	<p>Die FDP setzt auf eine Stärkung der Hochschulautonomie, so wie es auch die Imboden-Kommission als internationale Expertenkommission empfiehlt. Deshalb haben wir ein Hochschulfreiheitsgesetz vorgelegt (siehe Drs. 18/2984), das den Hochschulen größere Freiheiten, auch im Bereich des Aufbaus und Ausbaus von Studiengängen gibt. Daneben setzt sich die FDP dafür ein, sowohl die Grundfinanzierung, als auch die Investitionsfinanzierung der Hochschulen zu verbessern, da die Hochschulen seit Jahren chronisch unterfinanziert sind.</p>
 <p>SSW</p>	<p>Grundsätzlich hält der SSW die Tendenz zur zunehmenden Akademisierung bisheriger Ausbildungsberufe im Gesundheits- und allen voran im Pflegebereich für sinnvoll. Denn Tatsache ist, dass die Dynamik und die Anforderungen hier immer weiter zunehmen. Das hat nicht nur für den Bereich der Weiterbildung Konsequenzen, sondern auch Auswirkungen auf die Ausbildung selbst. Dem SSW ist eine pflegerische Versorgung auf höchstmöglichem Niveau wichtig. Daher muss vor allem die Aus- und Weiterbildung entsprechend weiterentwickelt</p>

	und modernisiert werden. Als Teilaspekt dieser regelmäßigen Überarbeitung und zum Zwecke der Qualitätssicherung halten wir es aber für mindestens genauso wichtig, die Möglichkeiten eines Studiums auszuweiten. Hierüber sind wir mit den Hochschulen im Dialog. Gemeinsames Ziel ist der bedarfsgerechte Auf- und Ausbau entsprechender Studiengänge.
	Das duale Pflegestudium an der Universität Lübeck ist als Bachelorstudiengang gestartet. Wir setzen uns für eine Auswertung ein und stehen einem Ausbau sehr positiv gegenüber.
9. Ist in Schleswig-Holstein die Einrichtung weiterer Studiengänge an staatlichen Hochschulen geplant? Wenn ja, wie sorgen Sie für eine gute Vernetzung zwischen den Hochschulen und mit den Ausbildungsträgern?	
	Die Akademisierung der Pflege werden wir in Schleswig-Holstein weiter ausbauen. Konkrete Konzepte müssen noch erarbeitet werden.
	Die FDP setzt auf Hochschulautonomie (siehe Antwort zu Frage 8). Denn die Hochschule wissen am Besten, wie sie sich weiterentwickeln und vernetzen wollen. Ministerielles Eingreifen ist da nur kontraproduktiv. Gerade eine gute und auch gelebte Vernetzung kann nicht durch Anweisung aus Kiel erfolgen.
	Bekanntlich besteht bei uns im Land seit Oktober 2014 die Möglichkeit, einen dualen Bachelorstudiengang an der Universität zu Lübeck zu belegen. Dieser führt in vier Jahren zum Abschluss Bachelor of Science (B.Sc.) in der Pflege und zur Berufszulassung im Pflegeberuf. Die bisherigen Erfahrungen in diesem Bereich sind nach unserer Einschätzung positiv. Derzeit liegen ähnliche Planungen für den Bereich der Geburtshilfe vor. Doch auch darüber hinaus halten wir die Einrichtung weiterer Studiengänge an staatlichen Hochschulen für sinnvoll. Die Vernetzung über Kooperationsverträge hat sich aus unserer Sicht bewährt, so dass wir diesen Weg weitergehen wollen.

	<p>Wir GRÜNE setzen uns für einen bedarfsgerechten Ausbau ein.</p>
<p>10. Inwieweit planen Sie die Pflegeforschung und den Aufbau von pflegewissenschaftlichen Fakultäten und Pflegeprofessuren durch eine bessere finanzielle Förderung in Schleswig-Holstein zu fördern und zu unterstützen?</p>	
<p>SCHLESWIG-HOLSTEIN SPD WIR KÖNNEN DAS. WIR WOLLEN DAS. WIR MACHEN DAS.</p>	<p>Den Aufbau des Dualen Pflegestudiengangs an der Universität Lübeck fördert die Landesregierung über vier Jahre mit einer Anschubfinanzierung von insgesamt 1 Million Euro. Weitere Förderungen werden wir diskutieren.</p>
<p>CDU</p>	<p>Bereits vor einigen Jahren hat sich die CDU Schleswig-Holstein dafür eingesetzt, ein duales Pflegestudium in Schleswig-Holstein zu etablieren. Zur Attraktivitätssteigerung der Pflegeberufe ist es unseres Erachtens notwendig, auch ein Angebot an Bachelor- und Masterstudiengängen im eigenen Bundesland vorzuhalten. Wenn wir als Bundesland den Pflegeinteressierten ein attraktives Studienangebot bieten möchte, ist auch eine angemessene Unterstützung von Forschung und Lehre notwendig. Allerdings halten wir nichts davon, wahllos an weiteren Hochschulen und Universitäten Studiengänge einzurichten. Hier muss überprüft werden, welche weiteren (konsekutiven) Studiengänge in Schleswig-Holstein erfolgsversprechend sind oder wo es besser ist, auch Kooperationen mit anderen Bundesländern einzugehen.</p>
<p>Freie Demokraten Landesverband Schleswig-Holstein FDP</p>	<p>Die Hochschulen sind chronisch unterfinanziert. Die FDP setzt sich deswegen seit langem für eine verbesserte Finanzierung ein. Die Hochschulen insgesamt müssen gestärkt werden. Wir wollen die Autonomie verbessern. Die Detailsteuerung obliegt dann den Hochschulen.</p>



Ganz grundsätzlich ist für den SSW eines völlig klar: Beim Anteil der Bildungsinvestitionen an den Gesamtausgaben gibt es in Bund und Ländern noch reichlich Luft nach oben. Deutschland hinkt im europäischen Vergleich deutlich hinterher. Das zeigt uns vor allem auch der Blick nach Skandinavien. Für unsere Hochschulen, und nicht zuletzt mit Blick auf die Pflegeforschung, folgt daraus, dass wir die aus einer ganzen Reihe von Faktoren resultierende Unterfinanzierung nicht nur anerkennen, sondern diese auch zügig abbauen wollen. Wir haben trotz der konsolidierungsbedingt engen Spielräume längst überproportional in Bildung investiert. Doch ganz ohne Frage existieren in der Hochschullandschaft an den unterschiedlichsten Stellen erhebliche Finanzierungsbedarfe. Für den SSW steht deshalb fest, dass wir uns auch und gerade für eine verstärkte Förderung der Pflegeforschung und für den Aufbau von pflegewissenschaftlichen Fakultäten und Pflegeprofessuren einsetzen werden.






Wir haben in dieser Legislatur mit einem anwachsenden Finanzierungsmodell die Grundhaushalte der Hochschulen gestärkt sowie die Finanzierung des Hochschulpakts III mit rund 240 Millionen Euro und dessen Verstetigung nach 2020 zugesagt. In der nächsten Wahlperiode werden wir die beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung der universitären Grundhaushalte umsetzen. Wir wollen unsere Hochschulen weiter finanziell stärken, um die Unterfinanzierung der Hochschulen im bundesweiten Vergleich weiter abzubauen. Von diesem Mittel-Aufwuchs wird auch die Pflegeforschung profitieren.





11. Welche Rolle spielt aus Ihrer Sicht professionelle Pflege bei der Sicherstellung der Patientenversorgung im ländlichen Raum?





Unser Ziel ist, dass Älterwerden auch bei zunehmenden Pflegebedarfen im gewohnten Lebensumfeld stattfinden kann. In vielen – besonders den ländlichen – Bereichen werden wir nicht mehr die gleiche Dichte an Hausarztpraxen haben wie zuvor. Deshalb streben wir eine bessere Vernetzung der Sektoren an.

In Versorgungszentren wird das Angebot der hausärztlichen Versorgung ergänzt durch ambulante Pflegedienste und die Organisation von haushaltsnahen Dienstleistungen. Dabei spielt die professionelle Pflege natürlich eine wichtige Rolle. Wir unterstützen die Kommunen auch finanziell im Aufbau dieser Versorgungszentren.

	<p>Niedrigschwellige, aufsuchende Beratung sichert eine frühzeitige Hilfe und verzögert Pflegebedürftigkeit. Außerdem bietet sich so eine gute Arbeitsplatzalternative für ältere Pflegefachkräfte. Der Einsatz von E-Health und Telemedizin bietet zusätzliche Sicherheit. Bei der Schaffung von Pflegeinfrastrukturen wird auf die besonderen Bedarfe demenziell Erkrankter Rücksicht genommen.</p>
	<p>Die CDU Schleswig-Holstein sieht die professionelle Pflege als unverzichtbaren Bestandteil zur Sicherung der pflegerischen Versorgung in der Bevölkerung, sei es im ambulanten Bereich oder in der stationären Versorgung.</p>
	<p>Die Versorgung des ländlichen Raumes mit professionellen Pflegedienstleistungen ist eine zentrale Herausforderung der Zukunft. Denn nur mit dem Erhalt einer guten Gesundheitsinfrastruktur bleibt der ländliche Raum für alle lebenswert. Die FDP setzt sich deshalb für gute Rahmenbedingungen für die Pflegenden und für gute Rahmenbedingungen für Unternehmen, die Pflegeleistungen anbieten, ein. Eine gute Pflegeversorgung muss stets am Pflegebedürftigen orientiert sein. Aus diesem Grund werden wir auf Landesebene Modelle der engen Zusammenarbeit zwischen Ärzten, Krankenhäusern, Apotheken, Sanitätshäusern und den ambulanten, teilstationären und stationären Pflegeangeboten unterstützen. Dazu gehört auch, die Möglichkeiten der Digitalisierung konsequent zu nutzen – Stichworte wie elektronisches Rezept, elektronische Patientenakte oder auch telediagnostische Möglichkeiten seien hier genannt. Bei all unseren Vorhaben gilt: Wir wollen vorhandene Strukturen ausbauen und stärken, anstatt ebenso teure wie überflüssige Parallelstrukturen aufzubauen.</p>
	<p>Die professionelle Pflege spielt hier eine enorm wichtige Rolle. Denn gerade für die Patientenversorgung im ländlichen Raum muss der Grundsatz gelten, dass Pflege menschenwürdig sein muss. Auch wenn immer mehr Pflegebedürftige von immer weniger beruflich Pflegenden versorgt werden müssen, braucht es unbedingt Zeit für die soziale und seelische Versorgung der PatientInnen. Vor allem für uns, die in einem vergleichsweise dünn besiedelten Flächenland leben, muss klar sein, dass es weder Ehrenamt noch Angehörigenpflege alleine richten können. Hier brauchen wir dringend die professionelle Pflege. Und deshalb wird sich der SSW auch in Zukunft dafür stark machen, dass wir endlich zu deutlich attraktiveren Rahmenbedingungen für diese wichtige Berufsgruppe kommen.</p>

	<p>Übergeordnet betrachtet, müssen wir trotz der vielerorts rückläufigen Bevölkerungszahlen eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe Versorgung sicherstellen. Hierfür müssen wir beispielsweise die Chancen der nichtärztlichen PraxisassistentInnen sowie der Telemedizin weit stärker nutzen. Daneben setzen wir uns zur Sicherung der Fachkräftebasis auch für die vollumfängliche gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse insbesondere zwischen Dänemark und Deutschland ein.</p>
	<p>Die Situation in der Pflege ist eine der großen Herausforderungen der nächsten Jahre. Eine gezielte Ermittlung der zukünftigen Bedarfe und entsprechende Planung der Angebote sind hierbei von zentraler Bedeutung. Das betrifft sowohl die Vorhaltung von stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen und Beratungsangeboten als auch Ausbildung entsprechender Fachkräfte.</p> <p>Der regionalen Ebene kommt bei der Pflegeplanung eine besondere Bedeutung zu. Wir Grüne setzen uns für regionale Gesundheits- und Pflegekonferenzen ein, um gemeinsam mit allen Akteuren vor Ort eine bedarfsorientierte Planung der Versorgungsangebote auf den Weg zu bringen.</p>
<p>12. Wird der Pflegedirektion am UKSH auch in Zukunft eine gewichtige Rolle auf oberster Vorstandebene zugedacht? Wenn ja, in welcher Form?</p>	
	<p>Für die SPD Schleswig-Holstein ist nach wie vor die Vorstandspostion für Krankenpflege ein fester Bestandteil im Vorstand des UKSH. Veränderungen in der Rolle sind hier nicht vorgesehen. Für uns ist eine pflegerische Berufserfahrung bei dieser Position sehr wichtig.</p>
	<p>Bisher ist nicht geplant, an der aktuellen Struktur des Vorstandes etwas zu verändern.</p>
	<p>Die FDP hält an der Regelung in § 87a Hochschulgesetz fest. Der Vorstand für Krankenpflege, Patientenservice und Personalangelegenheiten erfüllt eine wichtige Funktion. Das Thema Pflege muss im Vorstand personell verankert sein.</p>

	<p>Mit Blick auf das UKSH als einzigen Maximalversorger und größten Arbeitgeber des Landes ist für den SSW völlig klar, dass die über 5000 Pflegefachkräfte entsprechend Gehör finden müssen. Dies gilt ausdrücklich auch für die Vorstandsebene, die sich bekanntlich aus dem Vorstand für Krankenversorgung, dem Kaufmännischen Vorstand und dem Vorstand für Krankenpflege, Patientenservice und Personalangelegenheiten zusammensetzt. Im von uns novellierten Hochschulgesetz ist zwar nicht festgelegt, dass der Vorstand für Krankenpflege unbedingt eine Person mit pflegerischem Hintergrund sein muss. Dem SSW ist aber genau dieses sehr wichtig. Gerade weil hier wichtige inhaltliche und strategische Weichen gestellt werden sowie vor dem Hintergrund, dass der Pflegebereich eine starke Stimme braucht, sind wir der Auffassung, dass im Vorstand des UKSH diese wichtige Position mit einer Person mit pflegerischem Hintergrund vertreten sein muss.</p>
	<p>Die Pflegedirektion am UKSH wird aus unserer Sicht auch zukünftig eine gewichtige Rolle spielen. Uns sind keine konkreten Vorkommnisse bekannt, die eine Veränderung der derzeitigen Aufgaben, Zuständigkeiten oder Kompetenzen der Pflegedirektion am UKSH erforderlich erscheinen lassen.</p>